

Schlussbericht des Gemeinderats an den Stadtrat

Stadtbauten Bern (StaBe): Gesamtschau der zu sanierenden städtischen Verwaltungsgebäude zuhanden des Stadtrats

1. Worum es geht

Im Rahmen der Diskussion im Stadtrat zum Baukredit für die Gesamtsanierung des Verwaltungsgebäudes an der Schwanengasse 14 (heute Bundesgasse 33) beauftragte der Stadtrat mit SRB 589 vom 29. November 2012 den Gemeinderat, eine Gesamtschau der zu sanierenden städtischen Verwaltungsgebäude vorzulegen.

Am 14. November 2013 hat der Stadtrat mit SRB 2013-456 vom Zwischenbericht des Gemeinderats zustimmend Kenntnis genommen. Der damalige Bericht zeigte unter anderem auf, dass der durchschnittliche Bedarf an Büroarbeitsflächen pro Arbeitsplatz bei etwas über 22 m² Hauptnutzfläche (HNF) lag und die angestrebte Flächenreduktion auf 20 m² HNF bis ins Jahr 2016 mit den damals vorgesehenen Massnahmen nicht erreicht wird. Der Gemeinderat hat deshalb die zuständige Direktion für Finanzen, Personal und Informatik (FPI) beauftragt, bis Mitte 2017 weitergehende Massnahmen (Reduktion weiterer Zumieten, Standards, etc.) vorzuschlagen.

Im vorliegenden Schlussbericht wird der Stand der Umsetzung der Raum- und Standortoptimierung im Bereich der Verwaltungsliegenschaften aufgezeigt und über die nächsten geplanten Schritte inklusive zukünftiger Sanierungen und Projekte im Teilportfolio Verwaltungsgebäude informiert.

2. Strategie Raum- und Standortoptimierung (RaSa)

Die Strategie RaSa wurde zunächst von den StaBe und später von Immobilien Stadt Bern (ISB) über Jahre entwickelt und schrittweise umgesetzt.

Die damals vom Gemeinderat definierten Ziele lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Konzentration der Stadtverwaltung auf stadteigene Gebäude, um die Anzahl Standorte zu reduzieren und die Zumietkosten durch hinzugemietete Objekte zu senken.
2. Angleichung der Arbeitsplatzstandards über sämtliche Verwaltungsliegenschaften. Angestrebt wird eine durchschnittliche HNF von 20 m² je Arbeitsplatz (diese Fläche besteht aus der eigentlichen Bürofläche inklusive einem Anteil Empfang, Sitzungszimmer, Gemeinschafts- und Infrastrukturbereiche sowie Archiv).
3. Zusammenführen von Abteilungen nach funktionalen Kriterien oder Themenbereichen, um die dienststellenübergreifende verwaltungsinterne Zusammenarbeit zu erleichtern und um die Wege für die Einwohnerinnen und Einwohner zu verkürzen.
4. Überprüfung des Konzepts "Stadthaus" zur Klärung, ob das Zusammenführen der gesamten Verwaltung in einem einzigen Gebäude möglich und sinnvoll ist.

Die Ausrichtung dieses Optimierungsprozesses hat sich im Verlauf mehrfach geändert: Es wurden verschiedene Standortvarianten für ein Stadthaus geprüft und verkleinerte Varianten unter dem Titel "Bauhaus" untersucht. Im September 2015 hat der Gemeinderat die sich zurzeit in Umsetzung befindende Strategie RaSa beschlossen. Aktuell hinzu kommt der Beschluss des Gemeinderats vom

Juni 2017 zum weiteren Vorgehen im Projekt Neubau Werkhof Forsthaus: Der Gemeinderat verzichtet aufgrund der hohen Investitionskosten darauf, an diesem Standort Arbeitsplätze der Stadtverwaltung zu konzentrieren, möchte aber mit einem neuen Werkhof die Betriebe "Bau", "Kanalnetz" und "Garage" des städtischen Tiefbauamts zusammenführen und so Synergien schaffen. Vorgesehen ist, dass der Gemeinderat im zweiten Quartal 2018 über einen Projektierungskredit für den neuen Werkhof zuhanden des Stadtrats entscheidet.

3. Stand der Zielerreichung im Projekt RaSa

3.1 Reduktion der Standorte der Stadtverwaltung und der Zumietobjekte

3.1.1 Übersicht über erfolgte Massnahmen

Die nachfolgend aufgelisteten Massnahmen in städtischen Liegenschaften wurden seit der letzten Berichterstattung gegenüber dem Stadtrat umgesetzt:

- Die Abteilung Kultur Stadt Bern (KUL) wurde per 1. August 2016 ins Dachgeschoss des Meerhauses (Effingerstrasse 23) integriert.
- Sechs Arbeitsplätze des Alters- und Versicherungsamts (AVA) wurden per 1. Januar 2016 in das Erdgeschoss der Predigergasse 4 - 10 integriert.
- Das Wirtschaftsamt (WA) zog am 1. Mai 2016 an die Predigergasse 12. Im Gegenzug übernahm das Erbschaftsamt per 1. Juli 2016 die freigewordenen Flächen in der Predigergasse 5.
- Die Integration der Informatikdienste (ID) und des Vermessungsamts (VA) ins Beerhaus (Bümplizstrasse 45) erfolgte per 1. Januar 2014.
- Stadtgrün Bern (SGB) zog im Januar 2016 ins Beerhaus (Bümplizstrasse 45), wodurch die Zumietliegenschaft Monbijoustrasse per 28. Februar 2017 aufgegeben werden konnte. Das Beerhaus weist seither keine Leerstände mehr auf.
- Das Amt für Umweltschutz (AfU) zog am 1. Januar 2016 von der Brunngasse 30 an die Morgartenstrasse 2a.
- Das Morellhaus (Postgasse 14) wurde mit SRB 2015-355 vom 10. September 2015 entwidmet und per 1. Januar 2015 vom Gemeinderat dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik (Fonds) zugewiesen, der hier Wohnungen realisieren wird. Das Ratssekretariat ist nun an der Predigergasse 12 ansässig.
- Das sanierte Verwaltungsgebäude an der Bundesgasse 33 (ehemals Schwanengasse 14) konnte im Herbst/Winter 2015 bezogen werden. Es verfügt nach dem Umbau über rund 300 Arbeitsplätze, 50 Plätze mehr als zuvor. An der Bundesgasse 33 befinden sich neu die Abteilungen Immobilien Stadt Bern (ISB), Hochbau Stadt Bern (HSB), Finanzverwaltung, Generalsekretariat der FPI, Personalamt, Alters- und Versicherungsamt und die Steuerverwaltung.

3.1.2 Zumieten

Obwohl die Optimierung der Arbeitsplatzfläche und die Konzentration auf stadteigene Gebäude stets im Fokus stehen, konnten neue Zumieten nicht vollständig vermieden werden. Ursächlich dafür war, dass stadteigene Räume, welche den Anforderungen an Standort, Grösse, Nutzung oder Qualität entsprechen, nicht oder nicht im benötigten Zeitrahmen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Gesundheitsdienst

Der schulärztliche Dienst kümmert sich um das körperliche und seelische Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen in der Stadt Bern. Der bisherige Standort, Viktoriastrasse 60, direkt neben der Turnhalle der Volksschule (VS) Spitalacker, muss künftig aufgegeben werden, da das Gebäude im Zuge der Gesamtanierung der VS Spitalacker zurückgebaut wird. Im eigenen Bestand konnte keine geeignete Ersatzfläche gefunden werden. Der Flächenbedarf konnte aufgrund zusätzlicher Schul-

raumbedürfnisse der VS Spitalacker auch nicht mit dem geplanten Sanierungs- und Erweiterungsprojekt VS Spitalacker gedeckt werden. Um die schulärztliche Versorgung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, wurden rund 180 m² des zweiten Obergeschosses des Gebäudes an der Viktoriastrasse 72 zugemietet. Der Gemeinderat hat im September 2016 einen Projektierungs- und Baukredit für den Umbau in der Höhe von Fr. 215 000.00 bewilligt. Der Mietvertrag mit der Post Immobilien AG wurde per 1. Mai 2017 für eine befristete Dauer von zehn Jahren abgeschlossen.

Kompetenzzentrum Integration (KI)

Der Raumbedarf des KI ist abhängig von kantonalen Aufträgen und deshalb sehr volatil und unvorhersehbar. Dementsprechend werden ca. 70 % der Personal- und Raumkosten aus kantonalen Mitteln finanziert. Der Raumbedarf des KI konnte im Jahr 2016 weder bezüglich Flächengrösse noch Flächenstruktur (möglichst alle Räume auf einer Etage, viele kleine Einzelbüros für vertrauliche Kundengespräche) noch im notwendigen kurzfristigen Zeitrahmen im Meerhaus realisiert werden. Deshalb wurden in einem ersten Schritt zunächst per 1. Mai 2016 Büro- und Lagerflächen an der Kapellenstrasse 24 und in einem zweiten Schritt an der Effingerstrasse 31 - 35 per 1. März 2017 rund 410 m² Bürofläche zugemietet. Die Standorte ergaben sich aufgrund der Anforderung der räumlichen Nähe zum Betriebszentrum des KI an der Seilerstrasse beziehungsweise zum Meerhaus sowie der vorhandenen optimalen Bürostruktur in der Effingerstrasse 31 - 35. Es ist da-von auszugehen, dass auch künftig der Flächenbedarf des KI in Abhängigkeit von der Auftragslage stark schwanken wird. Nach Ablauf der Mindestmietdauer für die Effingerstrasse 31 - 35 im Jahr 2019 werden die Flächen oder Teilflächen davon entweder zurückgegeben oder schon vorher untervermietet.

Kompetenzzentrum Arbeit (KA)

Das KA benötigte im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projekts "Bern rollt" kurzfristig Büro- und Serviceräume in Bahnhofsnähe. Diese konnten nicht in eigenen Gebäuden bereitgestellt werden. Deshalb wurden per 1. Mai 2016 rund 450 m² an der Laupenstrasse 6 zugemietet. Das Mietverhältnis ist fest bis März 2018 abgeschlossen. Im laufenden Jahr wird geprüft, ob die benötigten Flächen ab April 2018 an der Maulbeerstrasse 14 bereitgestellt und die Zumietflächen an der Laupenstrasse gekündigt werden können.

3.1.3 Laufende Projekte bei Verwaltungsstandorten

Neubau Werkhof Forsthaus

Im Juni 2016 hat der Gemeinderat kommuniziert, dass am Standort Forsthaus ein Werkhof des Tiefbauamts (TAB) und ein Verwaltungstrakt mit insgesamt 500 Arbeitsplätzen für städtische Mitarbeitende erstellt werden soll. Dazu wurde ein zweistufiger Projektwettbewerb durchgeführt und das Siegerprojekt "Juri" der Büro B Architekten AG aus Bern erkoren. Mit dem Projekt sollten die einzelnen Bereiche des TAB sowie die Büroarbeitsplätze sämtlicher baubezogener Abteilungen ("Bauhaus") an diesem einen Standort zusammengefasst werden. Nach Abschluss des Wettbewerbsverfahrens wurde diese Lösung jedoch nochmals einer umfassenden Analyse unterzogen. Auf Basis dieser Analysen hat der Gemeinderat im Juni 2017 beschlossen, auf die Verwirklichung eines "Bauhauses" zu verzichten und an diesem Standort, wie weiter oben erwähnt, einzig einen neuen Werkhof zu realisieren.

Ein wesentlicher Grund für die Redimensionierung des Projekts waren die in den nächsten Jahren anfallenden hohen Investitionen in bestehende Sport- und Freizeitanlagen sowie im Schulbereich. So beträgt in der aktuellen Mittelfristigen Investitionsplanung (MIP) das gesamte Investitionsvolumen für den Hochbau in den Jahren 2019 bis 2022 im Durchschnitt rund 152 Mio. Franken. Der grösste Anteil der Investitionen fällt im Teilportfolio Bildung an (Anteil 54 % für 2019 bis 2022). An zweiter Stelle liegt das Teilportfolio Sport und Freizeit mit einem durchschnittlichen Anteil von 27 %.

Das grosse Investitionsvolumen in diesen Jahren ist auf folgende Grossprojekte zurückzuführen:

- Im Bildungsbereich: Volksschule (VS) und Turnhalle Schwabgut; VS Kleefeld; VS Stöckacker; VS Kirchenfeld; VS Bethlehem; VS Spitalacker Neubau für die Heilpädagogische Schule (HPS).
- Im Sport- und Freizeitbereich: Weyermannshaus mit der Sanierung des Freibads und der Sanierung des Hallenbads und der Eisanlagen; Wyler (Sanierung Freibad und Hallenbad); Neubau der 50m- Schwimmhalle.

Meerhaus (Effingerstrasse 23)

Ursprünglich war vorgesehen, Teile des an Dritte vermieteten Ladenlokals des Erdgeschosses vom Meerhaus dem Jugendamt ("Kundenzone für Eltern") und weiteren städtischen Abteilungen zur Verfügung zu stellen. Die detaillierte Planung hat gezeigt, dass sich zum einen die Bedürfnisse, insbesondere jene des Jugendamts, verändert haben. Weil der Bezug von Betreuungsgutscheinen für Kindertagesstätten heute vornehmlich via Internet erfolgt, wird wegen des geringeren Kundinnen- und Kundenverkehrs keine Erdgeschossfläche mehr benötigt. Zum anderen ist das Ladenlokal aufgrund seiner räumlichen Gegebenheiten (grosse Raamtiefe, Schaufenster) für städtische Nutzende wenig geeignet. Durch den Wegzug des KI an die Effingerstrasse 31 - 35 wurde zudem das erste Obergeschoss frei, so dass diese Fläche den Bereichen Kitas und Tagis Stadt Bern des Jugendamts sowie dem Sportamt zur Verfügung gestellt werden konnte. Das Ladenlokal im Erdgeschoss wird daher weiterhin fremdvermietet (aktuell an eine Computerfirma).

3.1.4 Fazit zum Ziel der Reduktion der Standorte der Stadtverwaltung und der Zumietobjekte

Zu Beginn des RaSa-Programms im Jahr 2012 waren die Büroarbeitsplätze der Stadtverwaltung auf 19 Standorte (ohne Standorte des Gesundheitsdiensts) verteilt. Davon gehörten zehn Gebäude der Stadt und neun waren zugemietet. Flächenmässig bedeutete dies, dass die gesamte Bürofläche (HNF) rund 29 000 m² betrug und sich davon rund 5 600 m² in zugemieteten Liegenschaften befanden.

Seither konnte die Anzahl der Standorte auf 17 reduziert werden. Davon gehören elf der Stadt (inklusive Beerhaus des Beer-Brawand-Fonds) und sechs sind zugemietet (siehe beiliegenden Plan). Flächenmässig bedeutet dies, dass die gesamte Bürofläche zwar nur geringfügig auf rund 28 600 m² verringert werden konnte, sich davon aber nur noch rund 1 700 m² in zugemieteten Liegenschaften befinden.

Folgende Zumietobjekte konnten seit 2012 gekündigt werden:

Gekündete Zumiete:	Kündigung der Zumiete ermöglicht durch:
Gerechtigkeitsgasse 79	Verlegung von Kultur Stadt Bern ins Meerhaus
Schwarztorstrasse 31	Verlegung der Steuerverwaltung in die Bundesgasse 33
Brunngasse 30	Verlegung des Amts für Umweltschutz in die Morgartenstrasse 2A
Monbijoustrasse 36	Verlegung von Stadtgrün Bern ins Beerhaus
Schwanengasse 10/12	Verlegung des Erbschaftsamts in die Predigergasse 5 sowie HSB/ISB in die Bundesgasse 33
Weissensteinstrasse 2b:	Verlegung des Finanzinspektorats ins Beerhaus

Im selben Zeitraum erfolgten drei neue Zumieten, inklusive der Zumiete für den Gesundheitsdienst vier, wobei letztere nicht in den nachfolgenden Vergleichen berücksichtigt wird, da auch im Jahr 2012 die Standorte des Gesundheitsdiensts nicht in den Daten berücksichtigt worden sind.

Die Zumieten an der Kapellenstrasse 24 und der Laupenstrasse 6 waren dem Umstand geschuldet, dass kurzfristig Flächen für Arbeitsplätze des KI und des KA benötigt wurden.

Nach der Anmietung der Effingertrasse 31 und 35 für das KI kann nun die Kapellenstrasse 24 baldmöglichst untervermietet beziehungsweise der Mietvertrag gekündigt werden. Die Büro- und Serviceflächen des KA in der Laupenstrasse 6 sollen ebenfalls so rasch wie möglich in ein stadteigenes Gebäude verschoben werden. So würde die Anzahl zugemieteter Objekte für die Stadtverwaltung letztlich auf vier bzw. auf noch rund 1 180 m² HNF reduziert.

3.2 Arbeitsplatzstandards

Für die Hauptnutzfläche pro Arbeitsplatz (HNF/AP) gilt in der Stadtverwaltung der durchschnittliche Richtwert von 20 m². Diese Fläche umfasst die eigentliche Bürofläche sowie die entsprechenden Anteile an Empfangsräumen, Sitzungszimmer, Infrastruktur- und Aufenthaltsbereichen sowie die Archivflächen. Im Zeitraum seit der letzten Berichterstattung gegenüber dem Stadtrat hat sich die HNF/AP von rund 22 m² auf rund 21 m² verbessert. Dieser Wert ist als Annäherungswert zu verstehen: Weil zum Teil sehr kurzfristig und ohne grössere Umbauten Arbeitsplätze geschaffen werden können, wie beispielsweise aktuell an der Bundesgasse 33 durch die Umnutzung von Sitzungszimmern zu Arbeitsplätzen, ist er einem ständigen Wandel unterworfen.

Eine Annäherung an den Richtwert beziehungsweise eine Erhöhung des Arbeitsplatzangebots konnte seit dem letzten Bericht unter anderem bei den folgenden Liegenschaften erzielt werden:

- Bundesgasse 33 durch die Gesamtanierung
- Meerhaus durch Nutzung des Dachgeschosses für die KUL
- Zieglerstrasse 62 durch kleinere Umbauten
- Wegfall des Morellhauses (Postgasse 14)

Grundsätzlich wenig beeinflussbar und nach wie vor wenig effizient sind in erster Linie folgende Liegenschaften:

- Erlacherhof: Beim Erlacherhof handelt es sich um einen Repräsentationsbau mit entsprechend grosszügiger Raumstruktur.
- Beerhaus: Ungünstige Gebäudestruktur (grosse innenliegende Zonen wegen fehlender natürlicher Belichtung nicht für Arbeitsplätze nutzbar).

Weitere Verbesserungen werden sich aufgrund laufender Planungen erzielen lassen.

3.3 Funktionale Konzentration

Bei Um- und Neubelegungen infolge von Sanierungsprojekten oder nutzdendenseitigen Reorganisationen werden betriebliche und funktionale Kriterien in der Belegungsplanung berücksichtigt. So wurden Abteilungen der gleichen Direktion nach Möglichkeit zusammengeführt oder direktionsübergreifend nach thematischen Gesichtspunkten gruppiert, um die verwaltungsinternen Arbeitsabläufe zu vereinfachen.

Abgesehen von Dienststellen, die aufgabenbedingt an bestimmte Standorte im Stadtgebiet gebunden sind und daher nicht verschoben werden können (z.B. schulärztlicher Dienst in der Nähe von Schulen, Büros und Betriebscenter von KI und KA in Bahnhofsnähe) ist ein grosser Teil der Abteilungen und Direktionen heute schwerpunktmässig in zwei Clustern zusammengeführt:

- die meisten Abteilungen mit einem Bezug zum Thema "Bau" an der Bundesgasse 33 und 38 sowie an der Zieglerstrasse 62
- diverse Abteilungen der SUE und der BSS in den Verwaltungsgebäuden Predigergasse 4 - 12.

-

Die übrigen Standorte sind, wie beispielsweise der Erlacherhof als Sitz des Stadtpräsidenten, historisch gewachsen" oder der Lage der stadteigenen Gebäude (bspw. Beerhaus) geschuldet.

3.4 Stadthaus

Zwischen den Jahren 2003 und 2007 prüfte der Gemeinderat verschiedene Standortvarianten mit dem Ziel, die Stadtverwaltung an zwei bis drei Standorten zu zentralisieren. So wurden unter anderem für die Standorte Gangloff, Schönberg Ost und WankdorfCity konkrete Standortstudien für Neubauserien erarbeitet. Diese Studien haben damals abgeschriebene Projektkosten in nicht unerheblicher Höhe generiert. Gemäss damaliger Prüfung von Machbarkeit und Finanzierung wurde für den Neubau eines Stadthauses von Investitionskosten in der Höhe von rund 100 bis 120 Mio. Franken ausgegangen. Insgesamt käme eine Stadthauslösung dann günstiger, wenn der heutige Bestand an Verwaltungsgebäuden in einem zweckmässigen Bau zusammengefasst würde. Konsequenterweise müssten die Synergiepotenziale durch eine Konzentration der Verwaltung ausgeschöpft werden. Die durch kurze Wege vereinfachten Arbeitsabläufe wären effizienter und würden den Abbau von Ressourcen ermöglichen. Der Gemeinderat hat sich im Jahr 2007 gegen ein Stadthaus und für das Projekt RaSa entschieden. Mit dem Entscheid, am Standort Forsthaus kein "Bauhaus" zu realisieren, ist es weiterhin denkbar, die Idee eines Stadthauses wieder aufzunehmen.

4. Zustand der Verwaltungsgebäude und notwendiger Instandsetzungsbedarf

Der Zustand der Verwaltungsgebäude wird periodisch von HSB ermittelt und mit einem Zustands-/Neu-Wert (Z/N-Wert) bewertet. Der Z/N-Wert stellt einen theoretischen Wert für den Zustand eines Gebäudes dar, wonach die Zustände der wesentlichen Gebäudebestandteile (Dach, Mauern, Fenster, Installationen etc.) bewertet werden. Hat beispielsweise ein neues Gebäudedach eine erwartete Lebensdauer von 100 Jahren und das Dach des untersuchten Gebäudes ist 20 Jahre alt und weist einen altersentsprechenden Verschleiss auf, so ist der Z/N-Wert für das Dach dieses Gebäudes 0.8. Aus den Z/N-Werten der einzelnen Gebäudebestandteile wird letztlich der Gesamt-Z/N-Wert für jedes Gebäude ermittelt.

Die Verwaltungsgebäude befinden sich heute insgesamt in einem mittleren bis guten Zustand. Der durchschnittliche Z/N-Wert für alle Verwaltungsgebäude wird von HSB mit 0,81 angegeben und liegt damit leicht über dem angestrebten Wert für das gesamte Portfolio des Verwaltungsvorgangs von 0,80. Im Vergleich dazu liegen die durchschnittliche Z/N-Werte bei den Teilportfolien Bildung mit 0,77 und beim Teilportfolio Sport- und Freizeit mit 0,74 wesentlich tiefer.

Drei Gebäude, namentlich die Bundesgasse 38, der Erlacherhof und das Meerhaus weisen einen Zustandswert unterhalb der angestrebten Z/N-Bewertung von 0,80 auf. Entsprechende Planungen zur Beseitigung dieses Zustands sind aufgegleist oder zumindest in die MIP aufgenommen.

Darüber hinaus besteht aktuell an zwei Gebäuden Handlungsbedarf, der sich aus speziellen Anforderungen ergeben hat:

- Bei der Sanierung und dem Umbau der Schwarztorstrasse 71 für den Sozialdienst war ursprünglich ein Ausbau des Attikageschosses geplant, der jedoch aufgrund der ablehnenden Stellungnahme durch die Stadtbildkommission nicht realisiert werden konnte. Das Dach wurde in der Folge nicht saniert, um sich die Möglichkeit einer späteren Aufstockung offen zu lassen. Der Zustand des Dache hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert, weshalb Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen notwendig werden. Eine umfassende Instandsetzung wird zurzeit geprüft und dem Stadtrat zu gegebener Zeit im Rahmen eines Baukreditantrags unterbreitet.

- Bei der Sanierung der Morgartenstrasse 2a um das AfU unterbringen zu können, wurden das Flachdach über dem zweiten Obergeschoss und die Fenster nicht erneuert sowie die Fassaden wegen Denkmalschutzaufgaben nicht isoliert. Bereits im ersten Betriebsjahr mit dem AfU zeigte sich, dass die Bausubstanz die klimatischen Anforderungen an ein Labor nicht erfüllen kann. Die Instandsetzung des Flachdachs über dem zweiten Obergeschoss und ein Ersatz der Fenster sind deshalb in Prüfung und entsprechende Kredite werden zum gegebenen Zeitpunkt dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt.

5. Fazit

Wenngleich auch weiterhin Optimierungen der "kleinen Schritte" (z. B. die Minimierung der Zumieten) verfolgt werden, gilt das RaSa-Projekt heute als umgesetzt.

Die künftigen Sanierungen des Meerhauses, des Erlacherhofs und der Bundesgasse 38 werden eine weitere Verbesserung der Gebäudezustände sowie der Flächenstandards zur Folge haben.

Eine Weiterentwicklung des im Jahr 2007 durch den Gemeinderat fallen gelassenen Stadthaus-themas ist langfristig denkbar.

Bern, 16. August 2017

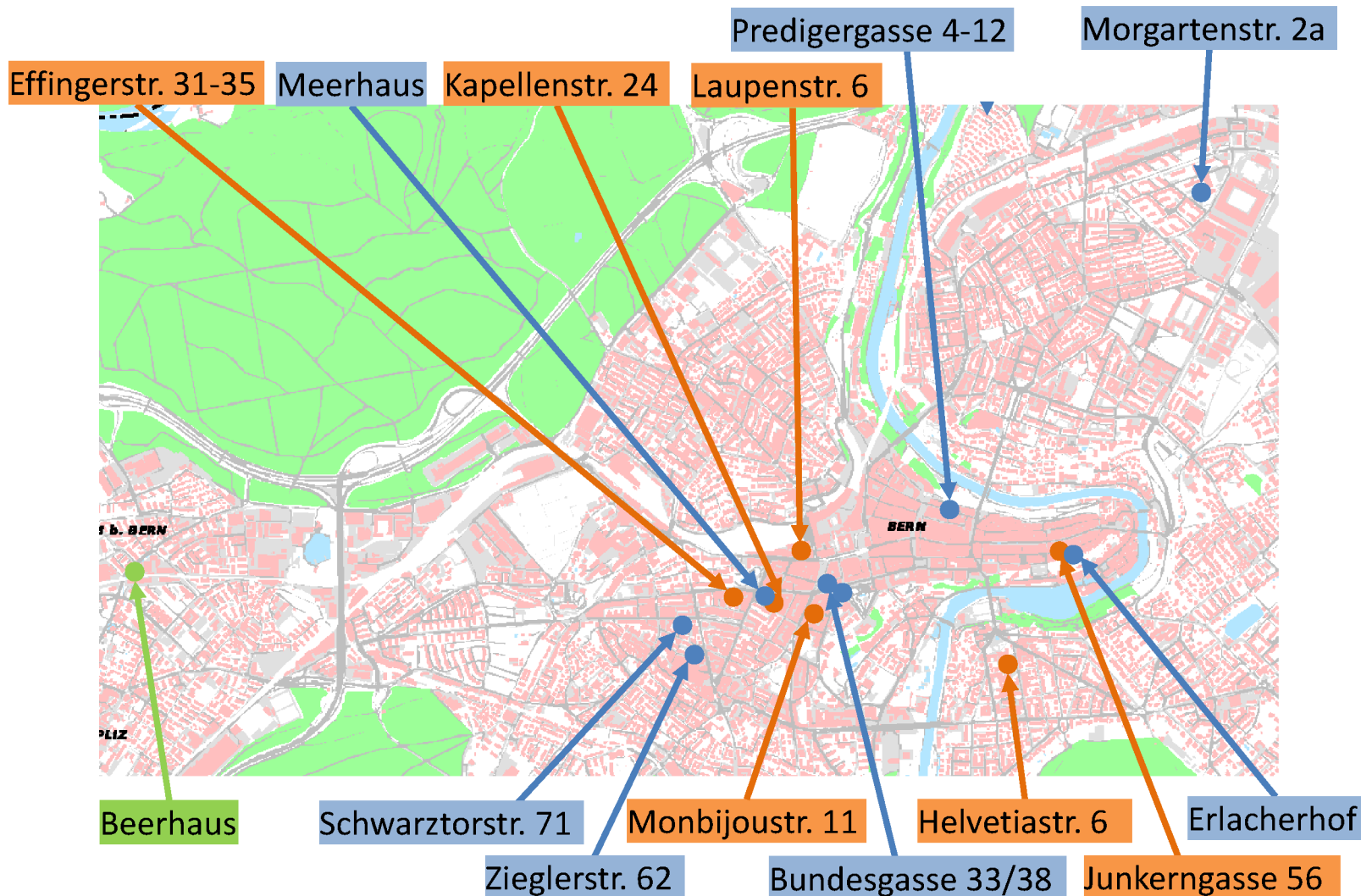
Der Gemeinderat

Beilage:

- Planbeilage aktuelle Verwaltungsstandorte



Verwaltungsgebäudestandorte aktuell



Legende: Eigentum Beer-Fonds Zumieten